

- Antrag -

Antrag der Beiratsfraktion der CDU für die Sitzung des Beirates Blumenthal
am 10.11.2014

Fragenkatalog zum Projekt „Rekumer Straße 12“, Unterkunft von Jugendlichen ohne elterlicher Begleitung

Der Beirat Blumenthal möge beschließen: Die Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen Anja Stahmann sowie der Staatsrat Horst Frehe, werden aufgefordert den nachstehenden Fragenkatalog auf der anstehenden Anwohnerversammlung in Farge zu beantworten oder in der ersten öffentlichen Beirats- /Ausschusssitzung wo diese Thema auf der Tagesordnung steht, da ca. 95 % der nachstehenden Fragen aus einer Anwohnerversammlung zusammen getragen wurden. Zusätzlich ist in schriftlicher Ausführung den Beiratsmitgliedern von Blumenthal der Fragenkatalog zu beantworten. Die Antworten haben kurzfristig zu erfolgen:

Fragenkatalog der Bürger von der Anwohnerversammlung vom 22.10.2014

- Wer ist Eigentümer des Wohnhauses Rekumer Str. 12 in 28777 Bremen?
- Welche Parteien sind im Mietvertrag aufgeführt?
- Wieviel Mietzins zahlt die Sozialbehörde an den Eigentümer? Liegt der Preis in der Höhe der ortsüblichen Höhe? Wenn ja, wo hoch liegt der ortsübliche m2 Preis? Wenn nein, warum wird ein höherer Mietzins gezahlt?
- Wie sieht das Konzept des Senatorin für Soziales aus, wonach ein Erfolg des Projektes ermittelt werden kann und für wie lange ist das Projekt durchfinanziert (Laufzeit)?
- Woher kommen die Projektmittel? Es wurden Kosten von über 1 Mio. € geschätzt bzw. in den Raum gestellt. Müssen solche Kostenpositionen separat über den Landeshaushalt ausgewiesen werden. Besteht eine rechtliche Verpflichtung, dass diese Ausgaben im Landeshaushalt enthalten sein müssen. Weiter: Wie passt dieser Vorgang mit der Finanzierung für die Aufnahme von Flüchtlingen zusammen und woher werden so kurzfristige Mittel genommen?
- Warum wurde keine Vorabinformation wie z. B. in HB-Borgfeld und in HB-Strom durch den Beirat durchgeführt? Es entstand der Eindruck, dass das nicht gewollt war! Nach dem Motto, die Behörde bestimmt und der Bürger hat die Entscheidung zu schlucken.
- Sind die baulichen Vorgaben in dem Gebäude z.B. hinsichtlich der Unterbringung von 12 Jugendlichen und deren Betreuer (1:1) erfüllt? Bei der Unterbringung von einem Pflegekind muss ein Raum bereitgestellt sein. Eine unmittelbare Nachbarin sprach hier von einer Massenunterbringung im Verhältnis von Wohnfläche zu der Anzahl der Bewohner.
- Ist der Schutz des Gebäudes und der Insassen gegen Rechtsradikale (evtl. Brandanschläge) sichergestellt?
- Warum wird solch eine Unterbringung in unmittelbarer Nähe von Kindergarten, zwei Schulen, Jugendfreizeitheim und Sportverein veranlasst?
- Eine Nachbarin wohnt Zaun an Zaun zur Rekumer Str.12 und fragt, was mit den Kindern passiert, die ab jetzt Angst haben an dem Gebäude der Rekumer Str. 12 vorbei zu gehen, da über Monate über jugendlicher Kriminelle in den Medien berichtet wurden? Gibt es Ansprechpartner im Haus der Senatorin an die man sich wenden kann um Beratungshilfe für die eigenen Kinder zu bekommen, damit Ihnen die „Angst“ genommen werden kann?
- Eine Frau fragt, wie es sein kann, dass Sportmittel, Gelder für Freizeitheime, usw.gespart werden und für solche Projekte mit straffälligen Jugendlichen enorme Gelder freigegeben werden?

- Können die Insassen jederzeit das Gebäude verlassen? Wenn ja, auf welcher rechtlichen Grundlage? Wenn nein, auf welcher rechtlichen Grundlage? Welche Sofortsanktionsmaßnahmen darf der Projektleiter des Hauses ausüben ?
- Frage nach dem Schutz der Bevölkerung: Gibt es ein Schutzkonzept von der Polizei, außer dass der Kontaktpolizist öfter einen Blick auf das Gebäude wirft und das des öfteren ein Streifenwagen vorbeifährt?
- Ein Vorschlag wurde gemacht, die Rädelsführer von den übrigen Jugendlichen örtlich zu trennen. Ist dies in der Sozialbehörde mal besprochen worden? Wenn ja, mit welchem Ergebnis? Wenn nein, warum nicht?
- Besteht eine rechtliche Grundlage für dieses Projekt bzgl. der Unterbringung der Jugendlichen? Die Anforderungen an öffentlichen Gebäuden, auch ähnlicher Größe, sind erheblich höher als an Privathäusern.
- Gab es eine Begehung des Bauamtes auf Zustand und Eignung des Gebäudes?
- Sind die Anforderungen hinsichtlich des Brandschutzes erfüllt?
- Ein Bürger äußerte sich dahingegen, dass die Jugendlichen ihr Gastrecht verwirkt haben. Algerien und Marokko sind keine Kriegsgebiete . dort gibt es entsprechende Gesetze, bei denen die Jugendlichen bei gleichen Straftaten ebenfalls bestraft werden. Warum werden diese Jugendlichen nicht in ihr Heimatland zurück gebracht, da sie ja niemals als Asylbewerber anerkannt würden und es dafür keine rechtliche gerechtfertigte Grundlage gebe?
- Zum Schluss wurde wiederholt geäußert, dass die gesamte Politik versagt, insbesondere die Senatorin für Soziales, Senator für Justiz und Inneres, weil sich hier in Bremen eine kaum einzudämmende Kriminalität entwickelt hat.
- Sind die Jugendlichen auf direktem Weg nach Deutschland gekommen oder ist bekannt ob sie in anderen Ländern zeitweise aufgehalten haben? Wenn ja, ist bekannt ob sie in den Ländern auch bereits straffällig aufgefallen sind?
- Gibt es Erkenntnisse ob die Jugendlichen über Schlepperbanden nach Deutschland geholt werden?

Fragen der CDU Beiratsfraktion:

- Wo und wie soll der Schulunterricht für die Jugendlichen stattfinden, da die Schulpflicht für jeden zählt und umgesetzt werden muss!
- Die CDU Beiratsfraktion möchte das schriftliche Projektkonzept haben, woraus zuerkennen ist warum die Sozialbehörde den jetzigen Projektbetreiber für dieses Projekt ausgewählt hat? Eine Aufstellung der kalkulierten Projektkosten pro Monat und pro Jugendlicher ist vorzulegen und woraus sich diese Kosten zusammensetzen.
- Wer übernimmt in der Sozialbehörde das örtliche Controlling des Projekte und prüft ob die Gelder gemäß der Vorgabe Zweckgebunden auch eingesetzt werden.
- In welchen Zeitabständen werden diese Kontrollen durchgeführt
- Die CDU Fraktion möchte das die Prüf- und Begehungsbericht unaufgefordert den Beiratsmitgliedern zur Verfügung gestellt werden. Diese sind dann von den Beiratsfraktionsmitgliedern als vertraulich anzusehen und dürfen keinen außenstehenden zugänglich gemacht werden

Für die CDU-Beiratsfraktion Blumenthal:

Ralf Schwarz
und die CDU Beiratsfraktion Blumenthal